

Front National - Spaltpilz für die bürgerliche Rechte

Joachim Schild

Die politischen
Folgen der
Regionalwahl

Wachsende
Verankerung der
Rechtsextre-
misten

Die bürgerliche
Rechte am
Scheideweg

FN zwischen
Kooperationsan-
geboten und
Konfrontations-
strategie

Wahlrechts-
änderungen
als Ausweg?

Front National - Spaltpilz für die bürgerliche Rechte

Üblicherweise als "Nebenwahlen" von untergeordneter Bedeutung angesehen, haben die französischen Regionalwahlen vom 15. März 1998 die politische Szene in Frankreich gründlich verändert. Erneut ist die Schlüsselstellung, die der rechts-extreme Front National in der französischen Politik inzwischen einzunehmen in der Lage ist, überdeutlich sichtbar geworden. An der Frage des Umgangs mit der Partei Jean-Marie Le Pen scheiden sich die Geister. Dies gilt in erster Linie für die bürgerliche Rechte, die vor einer Zerreißprobe steht.

Wahl von Regionalratspräsidenten mit Stimmen des Front National

„Dies ist das wichtigste politische Ereignis unserer Generation. Man wird sich an den März 1998 genauso erinnern wie an die Gründung der V. Republik, an den Mai 1968 oder den Sieg der Linken 1981. Dies ist das große politische Schisma des ausgehenden Jahrhunderts.“ In diesen dramatischen Worten kommentierte Ex-Außenminister Hervé de Charette, Mitglied des liberalkonservativen Parteienbündnisses UDF, die Vorgänge nach den Regionalwahlen vom 15. März 1998, die in Frankreich ein politisches Erdbeben ausgelöst haben: Fünf Spitzenkandidaten der gemäßigten Rechten, alle UDF-Mitglieder, ließen sich mit Stimmen von Mandatsträgern des rechtsextremen Front National zu Regionalratspräsidenten küren: Charles Baur (UDF-Force démocrate) in der Picardie, Jacques Blanc (UDF-Démocratie libérale) in Languedoc-Roussillon, der frühere Verteidigungsminister Charles Millon (UDF-Démocratie libérale) in der Region Rhône-Alpes, Bernard Harang (UDF-Démocratie libérale) in der Region Centre und der mehrfache Minister Jean-Pierre Soisson (UDF) in der Region Burgund. Die beiden letzteren haben sich inzwischen dem Druck der Öffentlichkeit und der eigenen Parteispitze gebeugt und sind wieder zurückgetreten. An vorherigen Warnungen hatte es nicht gefehlt: Eine „Beschädigung des Ansehens

Frankreichs in Europa und in der Welt“ befürchtete Premierminister Jospin. Der Vorsitzende der Gaullisten, Philippe Séguin, sah in einem möglichen Zusammengehen zwischen bürgerlicher und extremer Rechten „eine politische, moralische und wahlpolitische Sackgasse“ und drohte denjenigen Regionalpolitikern mit dem Parteiausschluß, die sich mit Stimmen des Front National (FN) zu Regionalratspräsidenten wählen lassen würden. Dennoch sind die Dämme gebrochen: Die tagelangen massiven Versuche der Parteispitzen von RPR und UDF, eine Wahl von Regionalratspräsidenten aus ihren Reihen mit Stimmen des Front National zu verhindern, waren gescheitert.

Es war keineswegs das erste Mal, daß Vertreter der bürgerlichen Rechten sich mit Stimmen des Front National an die Spitze der Regionalexekutiven wählen ließen, wenn die nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführten Regionalwahlen ihnen nur eine relative Mehrheit der Sitze im Regionalrat bescherten: Schon 1986 waren sechs Regionalratspräsidenten aus ihren Reihen mit FN-Stimmen gewählt worden, unter ihnen Charles Baur und Jacques Blanc, die zu diesem Zweck Abkommen mit dem Front National geschlossen hatten. FN-Vertreter wurden sogar an der Exekutive beteiligt und

Tabelle 1: Regionalwahlen: FN-Stimmenanteile und Sitze in Regionalparlamenten:

	1986	1992	1998
Stimmenanteil	9,6	13,9	15,3
Sitze in Regionalräten	137	239	275

Quelle: Le Monde v.
17.3.1998

1 Vgl. Pierre Bréchon, *La France aux urnes*, Paris 1998, S. 56.

2 *Libération* v. 19.3.1998, S. 13.

erhielten Vizepräsidentschaften in den Regionen Provence-Alpes-Côtes d'Azur, Haute-Normandie, Languedoc-Roussillon und Picardie.¹ 1992 ließ sich der ehemalige Minister Jean-Pierre Soisson mit den Stimmen des FN zum Regionalratspräsidenten in Burgund wählen, trat aber im darauffolgenden Jahr zurück, als er das Regionalbudget nur mit den Stimmen der extremen Rechten verabschieden konnte.

Dennoch unterscheidet sich die nun eingetretene Situation grundlegend von derjenigen 1986 oder 1992: So massiv war es dem Front National nie gelungen, gegenüber der gemäßigten Rechten in die Rolle des Königmachers zu kommen - und sie damit in eine tiefe Krise zu stürzen. So tief war bislang nie die Kluft innerhalb der Parteien der gemäßigten Rechten zwischen den seit spätestens 1992 - und bislang erfolgreich -

Ende eines Tabus - strategische Allianzen mit dem FN?

auf Abgrenzung vom FN bedachten Partei-zentralen in Paris und der Parteibasis vor Ort, die die Bündnisstrategien ihrer Regionalpolitiker überwiegend unterstützte. So deutlich - und dies ist der entscheidende Punkt - wurden bislang nie die Konturen einer „Partei der Bündnisse“ innerhalb der bürgerlichen Rechten: Das Tabu der Allianzen mit der extremen Rechten wird nicht mehr lediglich durch Einzelpersonen verletzt; aus taktischen Gelegenheitsbündnissen zum Machterhalt wird bei einem wachsenden Teil der gemäßigten Rechten eine strategische Bündnisoption. Der frühere

Generalsekretär der gaullistischen RPR, Jean-François Mancel, ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, als er vom Front National als „Bestandteil der Rechten von morgen“² sprach, was ihm postwendend den Parteiausschluß durch Philippe Séguin einbrachte. Die nervösen Reaktionen der Parteiführer von RPR und UDF und der etwas hilflos wirkende Ruf nach Wahlrechtsänderungen zur Verminderung des FN-Einflusses ließen es nur zu deutlich werden: Dem rechtsextremen Front National unter Führung von Jean-Marie Le Pen fällt zunehmend eine Schlüsselstellung in der französischen Politik zu - und die republikanische Rechte steht an einer Wegschiene. Sie droht mehr und mehr ihrer strategischen Mehrheitsfähigkeit verlustig zu gehen. Die bürgerliche Rechte sieht sich mit einer Entwicklung konfrontiert, in der die Regierungsfähigkeit einer minoritären Linken dauerhaft durch die Spaltung im rechten Lager garantiert bleiben könnte. Vor diesem Hintergrund werden die tiefe Orientierungskrise und die strategischen Grundsatzdebatten in ihren Reihen verständlich, nachdem es dem FN in der Folge der Regionalwahlen vom März erneut gelungen war, die Machtverteilung im Lande massiv zu beeinflussen.

Im Vergleich zu seinen Ergebnissen bei den Präsidentschaftswahlen 1995 (15 Prozent) und den Parlamentswahlen 1997 (14,9 Prozent) konnte der FN mit 15,3 Prozent bei den Regionalwahlen seine Stimmenanteile nur geringfügig erhöhen. Seine stetige Verankerung in der französischen Gesellschaft und Wählerschaft verleiht ihm dennoch zunehmende Erpressungsmöglichkeiten gegenüber der bürgerlichen Rechten.

Die Verankerung des FN-Einflusses in der französischen Gesellschaft

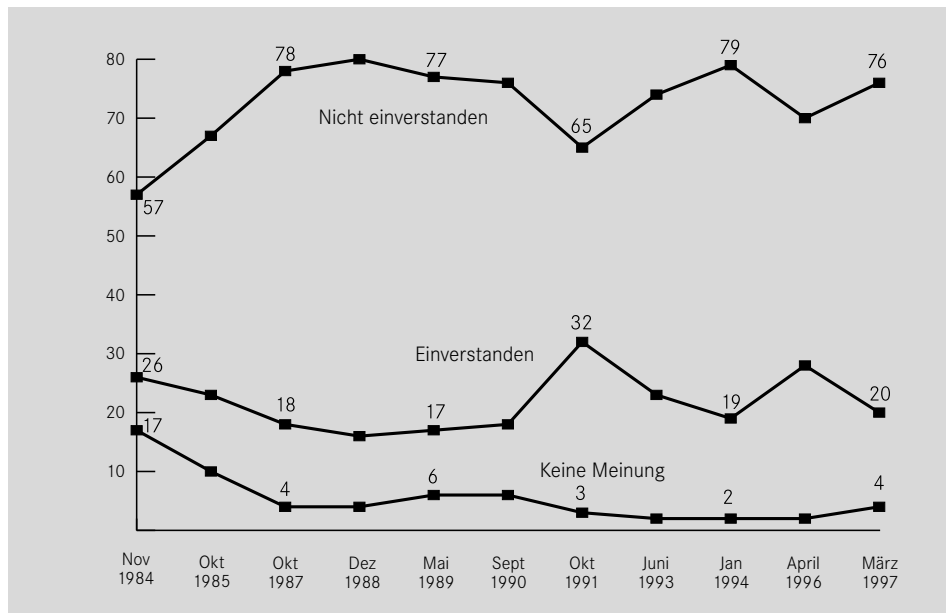
Nie zuvor war es der französischen extremen Rechten gelungen, sich über einen längeren Zeitraum in der Wählerschaft auf einem so hohen Niveau zu etablieren, wie es die Partei Jean-Marie Le Pens seit Mitte der 80er Jahre erreichte. Der Boulangismus am Ende des 19. Jahrhunderts, die faschistischen Ligen der Zwischenkriegszeit, der Poujadismus der 50er Jahre, alle sind sie Episoden in der politischen Geschichte Frankreichs geblieben. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als zentraler Pro-

grammpunkt, Führerkult, wiederholte antisemitische Äußerungen des Parteichefs Le Pen, sein offenes Bekenntnis zur historischen Tradition der extremen Rechten, all dies konnte einer wachsenden Verwurzelung des FN-Einflusses im Frankreich der 80er und 90er Jahre keinen Abbruch tun.

Die ersten Siege der extremen Rechten fanden nicht an der Wahlurne, sondern in den Köpfen der Franzosen statt. Schrittweise gelang es dem FN, soziale Fragen - Krise

Tabelle 2: Es sind einverstanden/nicht einverstanden mit den von Le Pen vertretenen Ideen (in Prozent)

Quelle: Perrineau, Le symptôme Le Pen. Radiographie des électeurs du Front national, Paris 1997, S. 194



3 Vgl. Nonna Mayer, La perception de l'Autre, in: P. Perrineau/C. Ysmal: Le vote surprise. Les élections législatives des 25 mai et 1er juin 1997, Paris 1998, S. 272.

der Vorstädte, Armut und sozialer Ausschluß zunehmender Bevölkerungsgruppen im Zeichen hoher (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, die Zunahme von Kleinkriminalität und Drogenproblemen - in kulturelle und nationale Fragen umzudefinieren („Nichtinte-

der politischen Agenda zunehmend mitbestimmen. Sogar Vertreter der Linken, wie etwa der Ex-Premierminister Laurent Fabius (PS), bescheinigten ihm, „die richtigen Fragen“ zu stellen. Charles Pasqua (RPR), Ex-Innenminister mit ausgeprägtem Law-and-Order-Profil, sprach gar von „gemeinsamen Werten“, die die bürgerliche und extreme Rechte teilten.

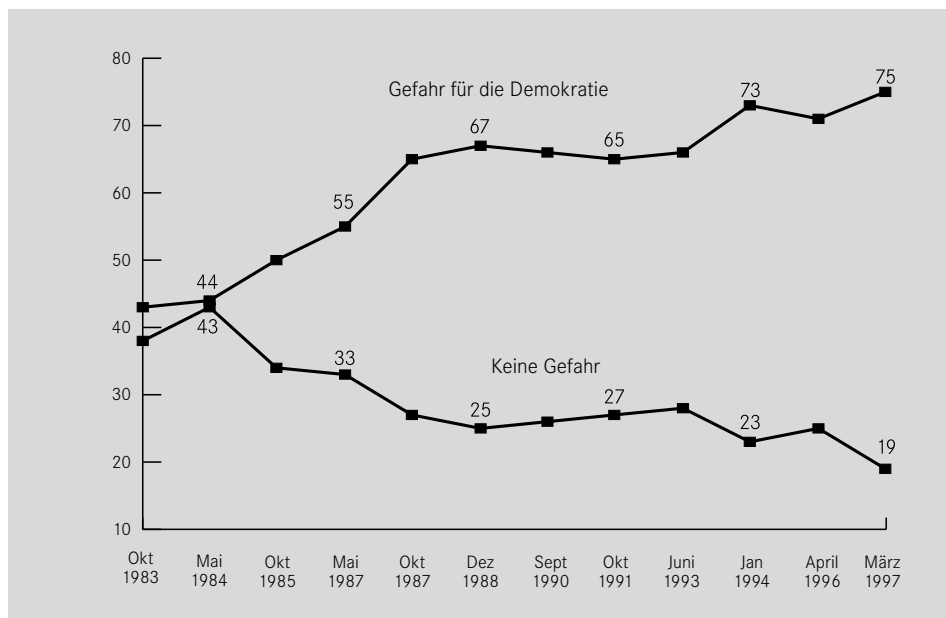
Ideologische Verankerung

grierbarkeit von Einwanderern“, „3 Mio. Ausländer = 3 Mio. Arbeitslose“, „Franzosen zuerst!“ usw.). Er konnte die Themen

Mit der Meinung, daß es in Frankreich zuviele Ausländer gebe, waren 1997 59 Prozent der Franzosen (1988: 64 Prozent, 1995: 74 Prozent) völlig oder eher einverstanden.³ Zwischen einem Fünftel und

Quelle: Perrineau, Le symptôme Le Pen, a.a.O., S. 206

Tabelle 3: Front National - Eine Gefahr für die Demokratie? (in Prozent)



Quelle: Für 1973-1995: Christadler: Der Front National. Vom Außenseiter zur etablierten Protestpartei, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 3/1995., S. 301; für 1997: Le Monde v. 27.5.1997; für 1998: Le Monde v. 17.3.1998

Tabelle 4: Die Stimmabgabe für den Front National seit 1981

Jahr	Wahlen	Stimmen absolut	Stimmanteil in Prozent
1981	Parlamentswahlen - 1. Wahlgang	44.414	0,2
1984	Europawahlen	2.210.334	11,0
1986	Parlamentswahlen	2.705.336	9,7
1986	Regionalwahlen	2.658.500	9,6
1988	Präsidentschaftswahlen - 1. Wahlgang	4.375.894	14,4
1988	Parlamentswahlen - 1. Wahlgang	2.359.528	9,7
1989	Europawahlen	2.121.836	11,8
1992	Regionalwahlen	3.399.596	13,6
1993	Parlamentswahlen - 1. Wahlgang	3.195.477	12,4
1994	Europawahlen	2.049.634	10,5
1995	Präsidentschaftswahlen - 1. Wahlgang	4.573.252	15,0
1997	Parlamentswahlen - 1. Wahlgang	3.785.104	14,9
1998	Regionalwahlen	3.270.118	15,3

4 Vgl. Perrineau, Le sytôme Le Pen, a.a.O., S. 209.

einem Drittel der erwachsenen Bevölkerung erklärte sich in Umfragen der vergangenen Jahre mit den Ideen Le Pens zumindest teilweise einverstanden, wobei sich die Wähler der liberalkonservativen UDF und stärker noch die gaullistischen Wähler der fremdenfeindlichen FN-Propaganda gegenüber als anfällig erwiesen.

Allerdings ist kein Trend zu erkennen, der auf eine weitere Ausbreitung des ideologischen Einflusses des Front National in der französischen Gesellschaft der 90er Jahre schließen ließe. Eine wachsende Zahl von Franzosen, inzwischen rund drei Viertel der Bevölkerung, sieht im Front National vielmehr eine Gefahr für die Demokratie. Hat die Partei Le Pens damit die Obergrenze ihres Einflußpotentials erreicht?

Lange von der historischen Bildfläche verschwunden, gelang der extremen Rechten nach ihren ersten Erfolgen von 1983 ein atemberaubender Aufstieg (Tabelle 4): Über

Verankerung in der Wählerschaft

4 Millionen Französinnen und Franzosen gaben dem Kandidaten der rechtsextremen Partei, Jean-Marie Le Pen, bei den Präsidentschaftswahlen 1995 ihre Stimme. Mit jeweils rund 15 Prozent bei der Präsidentschaftswahl 1995, der Parlamentswahl 1997 und nun wieder anlässlich der Regionalwahlen etablierte sich der FN als feste Kraft des Parteiensystems. Allerdings gelangen ihm in den 90er Jahren im Ver-

gleich zu seinem Spitzenergebnis aus den 80er Jahren (14,4 Prozent bei der Präsidentschaftswahl 1988) keine dramatischen Zuwächse mehr. Hat also auch sein Wählerpotential eine Sättigungsgrenze erreicht? Selbst wenn dies der Fall sein sollte, so stellen auch nur geringfügige Zuwächse des FN oder gar stabile Wahlergebnisse die bürgerliche Rechte vor zunehmende Probleme.

- Längst handelt es sich nicht mehr überwiegend um Protestwähler, die nach einer „Denkzettelwahl“ ins Lager der bürgerlichen Rechten zurückkehren. Ein Vergleich der Parlamentswahlen 1993 und 1997 zeigt, daß die Wähler des FN ihrer Partei in einem Ausmaß treu geblieben sind, wie dies bei keiner anderen Partei der Fall war.⁴ Auch waren sie sich ihrer Sache viel sicherer als die Wähler aller anderen Parteien und trafen ihre Wahlentscheidung in der Regel deutlich früher als diese. Aus Protestwahlverhalten wird zunehmend eine Stimmabgabe aus Überzeugung.

- Die Stimmenübertragung zwischen der extremen und der gemäßigten Rechten in Mehrheitswahlen in zwei Wahlgängen funktioniert von Wahl zu Wahl schlechter. Die bürgerliche Rechte kann immer weniger darauf vertrauen, daß die „verirrten Schafe“, die im ersten Wahlgang für Le Pens Partei gestimmt haben, im zweiten und entscheidenden Wahlgang den Weg zurück zu den Kandidaten von UDF und RPR finden. Nachwahluntersuchungen zufolge stimmten 1993 noch 62 Prozent der FN-Wähler im zweiten

5 Vgl. Perrineau, a.a.O., S. 96.

6 Vgl. hierzu am Beispiel der Stadt Toulon (170.000 Einwohner) die Studie des Le Monde-Korrespondenten Michel Samson: *Le Front national aux affaires. Deux ans d'enquête sur la vie municipale à Toulon*, Paris 1997.

7 Vgl. *Le Figaro* v. 17.3.1998, S. 5.

8 Vgl. Pierre Martin: *Elections municipales: enjeux et résultats*, in: *Regards sur l'actualité*, Juni 1995, S. 19.

9 Marieluise Christadler: *Der Front National*, a.a.O., S. 294.

10 Vgl. die diesbezüglichen Dossiers in *Le Nouvel Observateur* v. 31.10.1996 („Les nouveaux réseaux du Front national“) sowie in *L'Evènement du jeudi* v. 17.12.1997 („FN: La stratégie de l'araignée“).

Quelle: P. Perrineau: *Le symptôme Le Pen*, a.a.O., S. 95 und *Le Monde* v. 18.3.1998, S. 6.

Wahlgang für die Kandidaten von RPR-UDF, wenn diese einem sozialistischen Kandidaten gegenüberstanden (9 Prozent stimmten für die PS und 29 Prozent enthielten sich); im zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen 1997 stimmten im gleichen Fall nur noch 50 Prozent der FN-Wähler aus dem ersten Wahlgang in der Stichwahl für Kandidaten von RPR und UDF, 21 Prozent für Kandidaten der sozialistischen Linken, und 29 Prozent gingen nicht mehr zur Wahl.⁵

Der Front National, der inzwischen fast ein Drittel der Wähler aller Rechtsparteien für sich gewinnen kann (Tabelle 5), hat eine

Territoriale Verankerung

kritische Masse erreicht. Er ist zwar weit von jeder Mehrheitsfähigkeit entfernt, kann aber seine Rolle als Störfaktor und Spaltpilz für die gemäßigte Rechte immer wirkungsvoller spielen.

Tabelle 5: Anteil der extremen Rechten an der Gesamtheit der Wähler von Rechtsparteien (in Prozent)

Parlamentswahl 1986	18,4
Präsidentenwahl 1988	28,7
Parlamentswahl 1988	18,4
Parlamentswahl 1993	22,6
Präsidentenwahl 1995	25,8
Parlamentswahl 1997	30,1
Regionalwahl 1998	30,2

Das wachsende Erpressungspotential des Front National gegenüber der bürgerlichen Rechten beruht unter anderem darauf, daß es ihm in zunehmendem Maße gelingt, sich auf lokaler Ebene zu etablieren und Hochburgen auf- und auszubauen. In den 80er Jahren gelangen ihm einzelne nationale Wahlerfolge; die lokale Verankerung fehlte jedoch weitgehend. Sie wurde seit der Kommunalwahl von 1989 nachgeholt. Heute verfügt die Partei über ca. 1.100 Vertreter in den 1995 gewählten Gemeinderäten und über 275 Mandatsträger in den neugewählten Regionalräten. Ein entscheidender Erfolg gelang ihr bei den Kommunalwahlen 1995, als sie erstmals dank einer relativen Mehrheit im zweiten Wahlgang die Rathäuser dreier größerer südfranzösischer Städte - Marignane, Orange, Toulon - erobern konnte. Bei einer kommunalen Nachwahl in

der 40.000 Einwohner zählenden Stadt Vitrolles in der Nähe von Marseille errang die FN-Liste im Februar 1997 mit 52,5 Prozent der abgegebenen Stimmen gar eine absolute Mehrheit. Diese Erfolge konnten nicht nur für eine Notabilisierung des FN-Images genutzt werden, sondern stellen für die Partei auch einen erheblichen Zuwachs an organisatorischen und finanziellen Ressourcen dar.

Obwohl die FN-Bürgermeister in diesen vier südfranzösischen Städten keineswegs darauf verzichteten, ihr rechtsextremes Programm auf lokaler Ebene im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu verwirklichen,⁶ wächst der FN-Einfluß in der Wählerschaft dieser Städte und Departements in überdurchschnittlichem Maße weiter.⁷ Dies haben sowohl die Ergebnisse der Parlamentswahlen 1997 wie auch diejenigen der Regionalwahlen im März 1998 verdeutlicht. Ein ähnliches Muster war schon bei den Kommunalwahlen im Juni 1995 sichtbar geworden: Der FN konnte in aller Regel dort die größten Stimmenzuwächse erzielen, wo er über lokal bekannte und mehrfach bei Wahlen präsente Kandidaten verfügte.⁸ Dies ist unter anderem auf die Lehren zurückzuführen, die die Partei aus ihren ersten Erfolgen 1983 in der Stadt Dreux gezogen hat: „die Wichtigkeit der Parteiarbeit vor Ort und die Vorteile einer Notabilisierung in Sprache und Auftreten“.⁹ Der FN-Einfluß beruht längst nicht mehr allein auf der Person des Parteiführers Le Pen. Die Partei hat sich seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre effiziente Organisationsstrukturen geschaffen, die Parteiarbeit professionalisiert, die ideologische Kandidaten- und Kaderschulung vorangetrieben und ihren Einfluß über eine zunehmende Zahl von Vorfeldorganisationen¹⁰ zu verbreitern gesucht. In ihren Hochburgen entsteht ein immer engmaschigeres Netzwerk von Personen, Vereinigungen und Medien, das als Basis für gezielte Schwerpunktbildungen in Wahlkämpfen dienen kann.

Insgesamt haben sich die FN-Wahlresultate in seinen Hochburgen, die in den städtischen Ballungszentren - in der Großregion

Aufbau von FN-Hochburgen

Paris, in Lyon, in der alten Industrieregion um Lille - sowie rund um die Mittelmeerkü-

Quelle: Le Monde v.
20.3.1998, S. 9.

Tabelle 6: Das Verschwinden der Bastionen der republikanischen Rechten

Anzahl der Departements (von insgesamt 96) nach Stimmenanteilen der bürgerlichen Rechten

Departements mit Stimmenanteilen für gemäßigte Rechte:	über 50 %	40-50 %	unter 40 %
Präsidentenwahlen 1981, 1. Wahlgang	40	52	4
Regionalwahlen 1986	18	56	22
Regionalwahlen 1992	7	32	57
Parlamentswahlen 1997	4	21	71
Regionalwahlen 1998	4	19	73

11 Pascal Perrineau: La lente ascension électorale du Front national, in: P. Perrineau/C. Ysmal: Le vote surprise. Les élections législatives des 25 mai et 1er juin 1997, Paris 1998, S. 255ff.

12 Vgl. Le Monde v. 20.3.1998, S. 9.

ste und im Elsaß zu finden sind, in den 90er Jahren dynamischer entwickelt als im restlichen Frankreich. Dies zeigt sowohl ein Vergleich der Parlamentswahlen 1993 und 1997¹¹ als auch ein Vergleich der Regionalwahlen 1992 und 1998.¹² Während der Front National seine eigenen Hochburgen von Wahl zu Wahl konsolidieren kann, muß die gemäßigte Rechte eine schleichende Erosion ihrer eigenen Bastionen konstatieren. Lag sie bei den Regionalwahlen von 1986 noch in 18 von 96 Departements über der 50-Prozentmarke und in weiteren 56 noch zwischen 40 und 50 Prozent, so waren es im März 1998 lediglich noch 4 bzw. 19 Departements.

Entsprechend häufiger ist der FN heute dazu in der Lage, in Mehrheitswahlen mit zwei Wahlgängen das Quorum zu erreichen, um seine Kandidaten oder Listen in den zweiten Wahlgang schicken zu können. Dies ist die Grundlage für die wachsende Fähigkeit des FN, der bürgerlichen Rechten bei Wahlen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems mit einer Konfrontationsstrategie zu drohen – und diese gegebenenfalls auch zu praktizieren: Traten FN-Bewerber bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1988 in lediglich 13 Wahlkreisen im zweiten Wahlgang an, so

waren es 1993 schon 100 Wahlkreise, 1997 schließlich 132 von 577. Die Folgen dieser Konfrontationsstrategie der extremen

Wachsendes Erpressungspotential gegenüber RPR und UDF durch FN-Präsenz im zweiten Wahlgang

Rechten bekam die bürgerliche Rechte 1997 drastisch zu spüren: Der FN trug entscheidend zu ihrer Niederlage bei. Aus einer rechnerischen Mehrheit für die gesamte Rechte im ersten Wahlgang wurde eine politische Mehrheit für die Linke im zweiten Wahlgang. Diese hatte 1997 nicht besser abgeschnitten als bei der Parlamentswahl von 1986 – die sie verlor. Droht der bürgerlichen Rechten infolge dieser Entwicklungen ein dauerhafter Verlust ihrer eigenständigen strategischen Mehrheitsfähigkeit? Diese schwerwiegende Frage ist seit der Parlamentswahl 1997 und nun noch verstärkt durch die Ergebnisse der Regionalwahlen in allen Köpfen präsent. Die Definition ihres Verhältnisses zum Front National wird damit zur Gretchenfrage innerhalb der gemäßigten Rechten.

Neuformierung der Rechten? Bürgerliche und extreme Rechte am strategischen Scheideweg

Die bürgerliche Rechte hat seit den ersten Erfolgen des Front National 1983 mehrere strategische Linien im Umgang mit der unliebsamen Konkurrenz am rechten Rand verfolgt. Am Anfang stand eine Kombination der strikten Ablehnung jeder Form von

Bündnissen auf nationaler Ebene mit der „pragmatischen“ Duldung von taktischen Allianzen auf lokaler Ebene. Gleich der erste größere Wahlerfolg der FN, als sie im September 1983 bei einer kommunalen Nachwahl in der Stadt Dreux auf 16,7 Prozent

13 Vgl. Pascal Perrineau: Les étapes d'une implantation électorale (1972-1988), in: N. Mayer/P. Perrineau (Hrsg.): Le Front national à découvert, Paris 1996 (2. Aufl.), S. 42f.

14 Schon bei einer Befragung von Parteiaktivisten der beiden Hauptbestandteile der UDF aus dem Jahre 1990 waren erhebliche Unterschiede in der Frage des Umgangs mit dem FN sichtbar geworden: Die befragten Delegierten der Parti républicain (heute: Démocratie libérale) standen Bündnissen mit dem FN weit weniger ablehnend gegenüber als diejenigen des Centre des démocrates sociaux (heute: Force démocrate); vgl. Colette Ysmal: Les cadres du CDS et du Parti républicain: l'UDF en proie à ses divisions internes, in SOFRES: L'état de l'opinion 1992, Paris 1992, S. 192.

der Stimmen kam, führte zu einem Bündnis: Die Wahllisten von FN und RPR-UDF fusionierten vor dem zweiten, entscheidenden Wahlgang und erlaubten der extremen Rechten, erstmals in einer Stadt mit mehr als 30.000 Einwohnern mitzuregieren - mit ausdrücklicher Zustimmung der Parteiführungen von RPR und UDF.¹³ Bis Ende der 80er Jahre kam es wiederholt zu Wahlabreden und taktischen Bündnissen zwischen den beiden Bestandteilen der Rechten, und dies nicht nur nach den Regionalwahlen 1986. In einer Hochburg der FN, im Département Bouches-du-Rhône, verzichtete die gemäßigte Rechte bei den Parlamentswahlen 1988 in acht Wahlkreisen zugunsten des FN auf eigene Kandidaten in der Stichwahl, während der FN umgekehrt in den restlichen acht Wahlkreisen des Départements seinen Kandidaten zugunsten von RPR-UDF zurückzog.

Eine zweite Phase im Umgang mit dem FN wurde mit einem Beschluß der RPR-Führung vom September 1988 eingeleitet, in dem jede Form des Bündnisses - auf nationaler wie auf lokaler Ebene - verurteilt wurde. Diese klare Abgrenzungslinie konnte die gesamte bürgerliche Rechte nach 1992 auch weitestgehend durchhalten. Es ist dieser Versuch, den Rechtsextremisten jede Bündnisperspektive zu verwehren und sie von jeder politischen Verantwortung fernzuhalten, der den FN zunehmend auf einen Konfrontationskurs gegenüber der bürgerlichen Rechten umschwenken ließ. In dem Maße aber, wie der auf Abgrenzung bedachte strategische Kurs von UDF und RPR den Aufstieg des FN allenfalls bremsen konnte und sich gleichzeitig die damit verbundenen politischen Kosten für die gemäßigte Rechte spürbar erhöhten - in Gestalt verlorener Wahlen und einer Erosion ihrer Mehrheitsfähigkeit -, geriet diese Linie zunehmend unter Beschuß.

Nach den Regionalwahlen ist es dem RPR-Vorsitzenden Philippe Séguin nur nach großen Mühen und durch den Ausschluß von Abweichlern gelungen, seinen Kurs der klaren Abgrenzung innerparteilich durchzusetzen. Er traf dabei auf erhebliche Widerstände seiner eigenen Parteibasis in den starken Bastionen des FN. Ein wahres Erdbeben haben die politischen Ergebnisse der Regionalwahlen in den Reihen der liberalkonservativen Parteienkonföderation UDF ausgelöst. Diesem losen Parteienbündnis droht die Implosion. Die Klammer, die diese Wahlallianz bislang zusammengehal-

ten hatte, war die Überzeugung, nur gemeinsam und im Verbund mit den Gaullisten - unter Ausschluß des FN - mehrheitsfähig zu sein. Dieser Konsens wird von wichtigen UDF-Vertretern aufgekündigt. Der UDF-Vorsitzende François Léotard und der Vorsitzende von Force démocrate, des christsozialen Bestandteils der UDF, François Bayrou, verurteilten die Wahl von Regionalpräsidenten aus den UDF-Reihen mit Stimmen der extremen Rechten und stellten die Betroffenen vor die Wahl, entweder zu demissionieren oder aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Alain Madelin, Vorsitzender von Démocratie libérale, dem (wirtschafts-)liberalen UDF-Flügel, war zu einer solch harten Abgrenzungslinie zunächst nicht bereit, bevor er

Ende der UDF? Die Liberalkonservativen vor der Parteispaltung

auf die UDF-Mehrheitslinie einschwenkte. Er sah keine Schande darin, sich mit FN-Stimmen wählen zu lassen, sofern keine formellen Absprachen und Abkommen getroffen würden. François Bayrou hat seinerseits angekündigt, eine neue Partei zur Sammlung der rechten Mitte zu gründen, die sich jeder Zusammenarbeit mit dem Front National verweigern soll, und die eventuell als Basis einer Machtgewinnungsstrategie in der politischen Mitte, jenseits bipolarer Koalitionsmuster, dienen könnte.

Es handelt sich bei der Frage nach Allianzen mit der FN keineswegs nur um eine solche des taktischen Umgangs mit der extremen Rechten und um reine Schadensbegrenzung in einer schwierigen politischen Situation mit unklaren Mehrheitsverhältnissen. Für zahlreiche Parteimitglieder, Mandatsträger und Anhänger der gemäßigten Rechten geht es vielmehr um eine politische und nicht zuletzt moralische Grundsatzfrage: Darf die klassische Rechte, die die Werte der Republik verteidigt und deren Wurzeln teilweise in der Résistance gegen den deutschen Faschismus und gegen das Vichy-Regime liegen, aus Gründen der Machtbeteiligung mit einer rechtsextremen Partei zusammenarbeiten, der von Staatspräsident Chirac jüngst in aller Deutlichkeit bescheinigt wurde „rassistisch und fremdenfeindlich“ zu sein? Darüber gehen die Meinungen weit auseinander, insbesondere

15 Charles Millon: La France a besoin de la droite, in: Le Monde v. 24.3.1998, S.13.

innerhalb der UDF.¹⁴ Eine klare Antwort auf diese Frage gab der vom Parteiausschluß bedrohte UDF-Regionalratspräsident von Rhône-Alpes, Charles Millon, als er sein

FN – ein "Bestandteil der Rechten von morgen"?

Verhalten öffentlich rechtfertigte: Die Rechte dürfe ihre rechten Ideen nicht länger aus Angst vor dem Verdikt linker Medien und Politiker verstecken; sie solle den Moment zu einer Neugründung unter Einschluß des FN nutzen. Denn wenn man diesen nicht verbieten wolle, müsse man die Partei konsequenterweise als „Bestandteil des demokratischen Lebens“ akzeptieren und sie genauso behandeln wie die anderen politischen Kräfte auch.¹⁵ Der bislang noch respektierte republikanische Konsens, daß nämlich zwischen gemäßigter und extremer Rechten eine größere politische Distanz und fundamentalere Wertedifferenz existiert als zwischen der gemäßigten Rechten und der Linken, wird hier aufgekündigt. Die „Partei des Bündnisses“ versucht die politischen Trennungslinien umzudefinieren und die Hauptbruchlinie zwischen der Rechten und der Linken zu ziehen.

Die damit einhergehende Vorstellung, die Rechte könnte mit der extremen Rechten einen Block schmieden, wie dies die Sozialisten mit den Kommunisten in ihrem Linksbündnis Anfang der 70er Jahre erfolgreich getan haben, stößt auf zunehmende Resonanz in den Reihen der bürgerlichen Rechten. Dabei werden Kommunisten und Rechtsextreme meist auf eine Stufe gestellt. Angesichts der Tatsache, daß die französischen Kommunisten inzwischen fest auf dem Boden des republikanisch-demokratischen Grundkonsenses stehen, was man von den Rechtsextremisten Le Pens gewiß nicht behaupten kann, läßt eine solche Argumentation auch bei vielen Vertretern und Wählern der bürgerlichen Rechten die Alarmglocken schrillen. Es ist zudem mehr als fraglich, ob das damit verbundene Kalkül aufgehen würde, daß es der gemäßigten Rechten genau wie den Sozialisten gelingen könnte, ihren Bündnispartner zu dominieren und schrittweise zu dezimieren. Nach der verlorenen Parlamentswahl von 1997 sind weder RPR und noch weniger die UDF in einer inneren Verfassung, die eine solche Strategie als aussichtsreich erscheinen ließe.

Ob sich die gemäßigte Rechte auf dieses Abenteuer mit ungewissem Ausgang einläßt, hängt nicht nur von ihr selbst ab, sondern auch von den weiteren Entwicklungen innerhalb des FN. In Anbetracht seines stark verlangsamten Wachstums und seiner bisherigen Außenseiterposition befindet sich auch die Partei Le Pens an einem strategischen Scheideweg. Seine Nummer Zwei, Bruno Mégret, verfolgt eine Linie, die gemäßigte Rechte wo immer möglich durch Kooperationsangebote in Versuchung zu führen und die FN-Forderungen ihr gegenü-

Front National zwischen Kooperationsangeboten und Konfrontationsstrategie

ber nicht zu hoch zu schrauben. Mittel- und langfristig strebt er ein Bündnis mit einer Rechten an, die durch verlockende Bündnisangebote zuvor gespalten werden soll. Im Bunde mit einer auf diese Weise geschwächten gemäßigten Rechten, so das Kalkül, soll der FN vom Rand ins Zentrum der französischen Politik rücken. Diese Linie setzte Mégret nach den Regionalwahlen meisterlich um, nachdem er sich bei der Formulierung des Kooperationsangebots an UDF und RPR innerparteilich durchsetzen und Maximalforderungen verhindern konnte: Er formulierte Bedingungen für die Unterstützung von Kandidaten der bürgerlichen Rechten, die weitgehend deren eigenem Programm entsprachen. Allerdings hat er im Parteivorsitzenden Jean-Marie Le Pen einen Gegenspieler, der diese strategische Linie immer wieder durchkreuzt, sei es durch verbale Kraftakte, sei es durch völlig unerfüllbare Forderungen, wie derjenigen nach seiner Wahl zum Regionalpräsidenten in Provence-Alpes-Côtes d'Azur mit den Stimmen der bürgerlichen Rechten.

Eine neue Situation könnte nach der Ära Le Pen entstehen, falls sich Bruno Mégret und seine Linie innerhalb des FN durchsetzen sollten. Wäre dann eine Entwicklung wie in Italien auszuschließen, wo die neofaschistische MSI sich der gemäßigten Rechten als frequentabler Bündnispartner anordnete und diese die Offerte annahm? Zahlreiche Mitglieder der bürgerlichen Oppositionsparteien, vor allem an der Parteibasis, scheinen auf eine solche Entwicklung zu spekulieren. Dabei ist keineswegs ausgemacht,

daß ein bündnisbereiter FN unter Mégret um der Machtbeteiligung willen zu einer ideologischen Mäßigung und zu Abstrichen

Rechnung ohne den Wirt: Ablehnung von Bündnis- sen in der Wählerschaft

bei der Durchsetzung seines Programms bereit wäre.

Momentan gibt es wenig Anzeichen dafür, daß die Wählerschaft der gemäßigten Rechten dieser folgen würde, falls sie sich auf den Weg von Bündnissen mit dem FN begeben sollte. Derzeit lehnt sie diese mehrheitlich ab (Tabelle 7), so daß ein fast sicheres Resultat einer solchen Bündnispolitik in einem Stimmenverlust in der politischen Mitte bestünde. UDF und RPR mußten die kompromittierenden Bündnisse ihrer Provinznotablen mit der extremen Rechten inzwischen auch schon teuer bezahlen: Im zweiten Wahlgang der Kantonalwahlen zu den Departementsräten (22. März), der

zwei Tage nach der Wahl der Präsidenten in den Regionalversammlungen stattfand, erzielten sie ihr schlechtestes Ergebnis seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie verloren 10 Departements an die Linke, die ihrerseits ihr bestes Ergebnis bei diesen Wahlen während der V. Republik erreichen konnte.

Gleichzeitig wäre es keineswegs ausgemacht, daß die gemäßigte Rechte mittels eines Bündnisses mit der extremen Rechten deren Wählerschaft reduzieren könnte, hat diese doch bislang besonders dann Rückenwind gespürt, wenn UDF und RPR versucht haben, der FN mit den Themen innere Sicherheit und Einwanderung Konkurrenz auf deren ureigenstem Felde zu machen. Wahrscheinlicher ist, daß sie damit in die von der FN aufgestellte Falle gingen. Damit käme Jean-Marie Le Pen der Verwirklichung seiner proklamierten Wunschvorstellung ein gutes Stück näher, nämlich den „versickern- den Flußarm vollständig auszutrocknen, der zwischen dem FN und der Linken liegt“. Daran kann auch die regierende Linke kein Interesse haben.

Tabelle 7: Ablehnung einer Zusammenarbeit mit dem FN

Frage: Wünschen Sie, daß UDF und RPR in den kommenden Monaten...

Quelle: Libération v. 23. März 1998, S. 4.

	Gesamt	Nach Parteipräferenz		
		UDF	RPR	FN
...eine Übereinkunft mit dem FN suchen	24	28	33	80
...jede Annäherung mit dem FN ablehnen	64	65	54	13
Weiß nicht / keine Antwort	12	7	13	7

Wahlrechtsreform als Ausweg?

Der Schock der Regionalwahlen hat eine parteiübergreifende Debatte über die Möglichkeiten ausgelöst, das Einflußpotential des Front National zu beschneiden. Staatschef Jacques Chirac zog in einer Fernsehansprache aus den Regionalwahlen die Konsequenz, daß das politische Leben in Frankreich durchgreifend zu modernisieren sei. Sein zentrales Augenmerk gilt dabei institutionellen Reformen, insbesondere der Reform des Wahlrechts auf verschiedenen

Ebenen des politischen Systems. Ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen der bürgerlichen Rechten und der regierenden Linken, zumindest der Sozialisten, zeichnet sich in Bezug auf das Regionalwahlrecht ab. Schon vor den Regionalwahlen hatten sich führende Sozialisten für eine Abkehr vom reinen Verhältniswahlrecht ausgesprochen, jedoch kurz vor den Wahlen keine gesetzgeberischen Schritte mehr unternommen, um dem Vorwurf der interessegeleiteten Wahl-

16 Vgl. Le Monde v. 2.4.1998, S.6

17 Ebda.

rechtsmanipulation zu entgehen. Nach den Wahlen zeichnet sich ein breiter Konsens zwischen PS, RPR und UDF ab, das Regionalwahlrecht an das auf kommunaler Ebene geltende anzunähern. Bei diesem handelt es sich um ein Mehrheitswahlsystem in zwei Wahlgängen, das durch Verhältniswahlrechtselemente angereichert ist.

Politisch brisanter sind die innerhalb der bürgerlichen Rechten vorgebrachten Vorschläge zur Reform des Wahlsystems für die Wahlen zur Nationalversammlung. Das zentrale Problem der bürgerlichen Rechten besteht ja in der zunehmenden Präsenz von FN-Kandidaten im zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen. Vorgebracht von einem Léotard-Vertrauten, aufgegriffen vom ehemaligen Innenminister und derzeitigen RPR-Fraktionsvorsitzenden, Jean-Louis Debré, scheinen diese Überlegungen zur Wahlrechtsreform die Unterstützung des Staatspräsidenten zu genießen.¹⁶ Sie sehen eine Angleichung des Wahlmodus der Parlamentswahlen an denjenigen der Präsidentschaftswahl vor: Nur die zwei bestplatzierten Bewerber aus dem ersten Wahlgang dürften demnach im zweiten Wahlgang antreten. Nach aktueller Rechtslage liegt das Quorum für eine Kandidatur in der Stichwahl bei 12,5 Prozent der eingeschriebenen Wähler des jeweiligen Wahlkreises. Die Folge wäre in aller Regel eine bipolare Konkurrenz zwischen linken und rechten Bewerbern. Dieses Thema stand im Zentrum der Konsultationen des Staatspräsidenten mit den Parteiführern aller republikanischen Parteien, die er in den ersten Apriltagen mit dem Ziel durchgeführt hat, einen breiten Konsens über Schritte zur Modernisierung des politischen Lebens in Frankreich herzustellen.

Als Nebeneffekt würde eine solche Wahlrechtsänderung die gemäßigte Rechte dazu zwingen, ein System der gemeinsamen Kandidatenaufstellung auszuarbeiten, wenn UDF und RPR sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen wollen. Denn dies brächte die Gefahr mit sich, daß der FN-Bewerber als lachender Dritter in die Stichwahl gelangen könnte. Von einer solchen Wahlrechtsänderung würden ganz massive Anreize ausgehen, die Reihen zwischen RPR und UDF fester zu schließen. Eventuell könnten in einem solchen Prozeß die Konturen einer "Partei des Präsidenten" sichtbar werden, die Jacques Chirac als Machtbasis für eine Bewerbung um eine zweite Amtszeit dienen könnte.

Allerdings ist es fraglich, ob der Herausforderung der bürgerlichen Rechten durch den Front National in erster Linie mit dem Mittel institutioneller Reformen zu begegnen ist. So wie die Auswirkungen der Wahlrechtsänderung durch Staatspräsident Mitterrand auf den Aufstieg des Front National häufig überschätzt wurden – er hatte für die Parlamentswahl 1986, einem Wahlversprechen von 1981 gemäß, das Verhältniswahlrecht eingeführt und damit dem FN die Tür zur Assemblée nationale geöffnet –, so dürfte eine Partei mit 15 Prozent Wählerstimmen auch durch eine Wahlrechtsreform nicht entscheidend zu dezimieren sein. Zudem ist es fraglich, ob ihr Einfluß auf die politische Machtverteilung im Lande solcherart entschieden reduziert würde. Wäre die vorgeschlagene Wahlregel bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1997 schon angewandt worden, so wäre der Front National zwar nicht in 133 Wahlkreisen in der Lage gewesen, einen Kandidaten in die Stichwahl zu schicken, aber immerhin noch in 82.¹⁷ Und in den anderen Wahlkreisen könnte er weiterhin eine Konfrontationsstrategie gegenüber der gemäßigten Rechten einschlagen und seine Wähler zur Wahl der Kandidaten der Linken aufrufen.

So sind die Wahlrechtsreformdebatten eher als ein Ausdruck der Hilflosigkeit in den Reihen der bürgerlichen Rechten zu werten. Ohne programmatisches Projekt, ohne unumstrittene Führungspersönlichkeit und nun im offenen Zwist über die strategische Linie im Umgang mit dem Front National durchlebt sie heute ihre wohl tiefste Krise seit Bestehen der V. Republik.

Aktuelle Publikationen des DFI

Wertewandel in Deutschland und Frankreich. Nationale Unterschiede und europäische Gemeinsamkeiten/ Hrsg. von Renate Köcher und Joachim Schild - Opladen: Leske und Budrich, 1998. - 388 S.

Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert. / Hrsg. von Robert Picht u.a. München: Piper, 1997. - 394 S.

René Lasserre / Joachim Schild / Henrik Uterwedde: Frankreich - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Opladen: Leske und Budrich, 1997. - 256 S. (Grundwissen Politik. Bd 19).

Wolfgang Neumann / Henrik Uterwedde: Abschied vom Zentralismus? Neue regionale Modernisierungspolitiken in Frankreich, Stuttgart: IRB Verlag 1997. - 157 S.

Frankreich-Jahrbuch 1997. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Kultur. / Hrsg.: Deutsch-Französisches Institut in Verbindung mit Lothar Albertin u.a. Red.: Joachim Schild. / Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg - Opladen: Leske und Budrich, 1997. - 329 S.

Handeln für Europa. Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt. / Red.: Axel Sauder, Joachim Schild / Hrsg. von: Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine (CIRAC); Deutsch-Französisches Institut (DFI); Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP); Institut Français des Relations Internationales (IFRI) - Opladen: Leske und Budrich, 1995. - 388 S.

Die Aktuellen Frankreich Analysen des DFI

Die Aktuellen Frankreich Analysen erscheinen mehrmals im Jahr.

Redaktion: Joachim Schild

Herausgeber:

Deutsch-Französisches Institut

Asperger Straße 34, D-71634 Ludwigsburg

Telefon +49 (07141) 9303-0

Telefax +49 (07141) 9303-50

E-mail: dfi-lb@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unseren Internet-Seiten unter folgender Adresse:

<http://www.dfi.de>

Zuletzt erschienene Aktuelle Frankreich Analysen:

W. Neumann: Arbeitsmarktpolitik à la française - Gehen Frankreichs Uhren anders?, Dezember 1997. - 12 S.

H. Uterwedde: Wohin steuert Frankreich? Der wirtschafts- und europapolitische Kurswechsel der Regierung Jospin, Juli 1997. - 12 S.

J. Schild: Durchbruch in der Deutsch-Französischen Sicherheitskooperation?, März 1997. - 12 S.

W. Neumann: Sozialstaat in der Krise, Juli 1996. - 12 S.

H. Uterwedde: Privatisierungspolitik in Frankreich, Oktober 1996. - 12 S.

R. Picht: Zeitbombe Bildungssystem, Dezember 1996. - 12 S.